

PRESSEMITTEILUNG

Ein neuer UNAIDS-Bericht zeigt, dass die AIDS-Pandemie bis 2030 beendet werden kann, aber nur, wenn die Verantwortlichen jetzt die Mittel aufstocken und die Menschenrechte schützen

GENF/MÜNCHEN, 22. Juli 2024 – Ein neuer Bericht, der heute von der UNAIDS veröffentlicht wurde, zeigt, dass die Welt an einem kritischen Punkt angelangt ist. Jetzt ist es entscheidend, ob Staats- und Regierungschefs ihr Engagement erfüllen werden, bis 2030 dafür zu sorgen, dass AIDS keine Bedrohung mehr für die öffentliche Gesundheit darstellt. Der Bericht *The Urgency of Now: AIDS at a Crossroads* enthält neue Daten und Fallstudien, die belegen, wie wesentlich die Entscheidungen und politischen Weichenstellungen der Staats- und Regierungschefs in diesem Jahr sind. Diese werden nicht nur über das Schicksal von Millionen Menschen entscheiden, sondern auch darüber, ob es gelingt, die tödlichste Pandemie der Welt zu überwinden.

Obwohl das Ende von AIDS in diesem Jahrzehnt in greifbarer Nähe liegt, befindet sich die Welt derzeit nicht auf dem erforderlichen Kurs. Fast ein Viertel der 39,9 Mio. Menschen, die weltweit mit HIV leben, erhält keine lebensrettende Behandlung. Infolgedessen stirbt jede Minute eine Person an den Folgen von AIDS.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich verpflichtet, die jährlichen Neuinfektionen bis 2025 auf unter 370.000 zu senken, aber die Zahl der HIV-Neuinfektionen ist mit 1,3 Millionen im Jahr 2023 immer noch mehr als dreimal so hoch. Darüber hinaus gefährden aktuelle Kürzungen der finanziellen Mittel und eine zunehmende Beschneidung der Menschenrechte die bisher erzielten Fortschritte.

Winnie Byanyima, Exekutivdirektorin von UNAIDS, betont die Dringlichkeit: „Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die AIDS-Pandemie und die damit verbundene Bedrohung der öffentlichen Gesundheit bis 2030 beendet ist. Allerdings können sie ihr Versprechen nur dann halten, wenn sie sicherstellen, dass genügend Mittel zur Bekämpfung von HIV zur Verfügung stehen und die Menschenrechte aller geschützt werden“. Sie fügt hinzu: „Staats- und Regierungschefs können Millionen von Leben retten, Millionen neuer HIV-Infektionen verhindern und erreichen, dass alle Menschen mit HIV ein gesundes, erfülltes Leben führen können.“

Der Bericht zeigt auf, dass sich die Zahl der HIV-Infizierten, die eine lebenslange Behandlung benötigen, bis 2050 auf etwa 29 Millionen Menschen stabilisieren könnte, wenn die Staats- und Regierungschefs jetzt die notwendigen und entschlossenen Maßnahmen ergreifen. Diese Maßnahmen müssten sowohl die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel als auch den Schutz der Menschenrechte umfassen. Werden jedoch die falschen Entscheidungen getroffen, wird die Zahl der Menschen, die lebenslange Unterstützung benötigen, auf 46 Mio. steigen (gegenüber 39,9 Mio. im Jahr 2023).

Der Bericht zeigt anhaltende (wenn auch langsamere) Fortschritte bei der Einführung von Medikamenten für Menschen mit HIV, wobei 30,7 Mio. Menschen derzeit in Behandlung sind,

d. h. mehr als 3 von 4 Menschen mit HIV. Bereits 2010 lag die Behandlungsquote bei nur 47 %. Die Verbesserung des Zugangs zu medizinischer Versorgung ist eine bahnbrechende Errungenschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die dazu geführt hat, dass sich die Zahl der AIDS-bedingten Todesfälle seit 2010 halbiert hat – von 1,3 Mio. auf 630.000 im Jahr 2023.

Die Welt ist jedoch nicht auf Kurs, um das Ziel für 2025 zu erreichen, die AIDS-bedingten Todesfälle auf unter 250.000 zu reduzieren.

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Prävention von HIV-Neuinfektionen, die seit 2010 weltweit um 39 % und im östlichen und südlichen Afrika sogar um 59 % zurückgegangen sind, weist der Bericht darauf hin, dass die HIV-Neuinfektionen in drei Regionen – im Nahen Osten und Nordafrika, in Osteuropa und Zentralasien sowie in Lateinamerika – ansteigen. Dies unterstreicht, dass nach wie vor erhebliche Lücken und Ungleichheiten in der Bekämpfung der HIV-Epidemie bestehen.

„Die Länder machen enorme Fortschritte, um die AIDS-Epidemie bis 2030 zu beenden, aber es gibt viele Herausforderungen, die unsere Bemühungen verlangsamen könnten“, so Dr. Anthony Fauci, ehemaliger wissenschaftlicher Berater des US-Präsidenten. „Wir müssen alles tun, um uns immer wieder Gehör zu verschaffen und proaktiv zu sein. Scheitern ist hier keine Option. Es ist absolut unvorstellbar. Wenn wir alle zusammenarbeiten, erreichen wir unser gemeinsames Ziel. Ich werde weiterhin mit aller Kraft daran arbeiten, dass wir die AIDS-Epidemie tatsächlich beenden, und ich fordere Sie alle auf, sich ebenfalls dafür zu engagieren.“

Geschlechterungleichheit verschärft die Risiken für Mädchen und Frauen und ist ein treibender Faktor der Pandemie. Die HIV-Inzidenz bei jugendlichen Mädchen und jungen Frauen ist in bestimmten Regionen von Ost- und Südafrika sowie West- und Zentralafrika nach wie vor außergewöhnlich hoch.

Zusätzlich erschweren Stigmatisierung und Diskriminierung gegenüber Randgruppen wie Sexarbeitenden, Männern, die Sex mit Männern haben, und Menschen mit injizierendem Drogengebrauch den Zugang zu wichtigen Präventions- und Behandlungsdiensten. Diese Gruppen stellen nun im Vergleich zu 2010 (45 %) einen höheren Anteil an den weltweiten Neuinfektionen (55 %) dar.

Der Bericht zeigt, dass HIV-Präventions- und Behandlungsdienste die Menschen nur dann erreichen, wenn die Menschenrechte gewahrt werden. Dies erfordert die Abschaffung ungerechter Gesetze gegen Frauen und marginalisierte Gemeinschaften sowie eine aktive Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt.

Berechnungen von UNAIDS zeigen, dass 20 % der HIV-Mittel für die HIV-Prävention für die am stärksten von HIV betroffenen Bevölkerungsgruppen vorgesehen sein sollten, aber nur 2,6 % der gesamten HIV-Ausgaben im Jahr 2023 tatsächlich für Maßnahmen für die gefährdeten Gruppen verwendet wurden.

Die globalen Finanzmittel für HIV sind rückläufig, was nicht nur den Fortschritt hemmt, sondern in einigen Regionen sogar zu steigenden Epidemien führt. Im Jahr 2023 sanken die für HIV verfügbaren Gesamtmittel (19,8 Mrd. USD) im Vergleich zu 2022 um 5 % und lagen 9,5 Mrd. USD unter dem bis 2025 benötigten Betrag (29,3 Mrd. USD). Die inländische Finanzierung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen – die 59 % der Gesamtmittel für HIV ausmachen – wird durch die Schuldenkrise eingeschränkt und verringerte sich das vierte Jahr in

Folge, mit einem Rückgang von 6 % von 2022 bis 2023.

Besonders betroffen sind Regionen wie Asien und der Pazifikraum, wo sich die Zahl der HIV-Infizierten bis 2050 fast verdoppeln wird, sowie Osteuropa und Zentralasien, Lateinamerika, der Nahe Osten und Nordafrika. In diesen Regionen nehmen die Epidemien zu, während gleichzeitig die finanziellen Mittel zur HIV-Bekämpfung stark zurückgehen. Rund die Hälfte der bis 2025 benötigten Gesamtmittel und 93 % der derzeitigen HIV-Finanzierungslücke liegen außerhalb von Subsahara-Afrika.

Urgency of Now: AIDS at a Crossroads zeigt, dass die in diesem Jahr getroffenen Entscheidungen ausschlaggebend dafür sind, ob es gelingt, die weltweiten Ziele zu erreichen: AIDS bis 2030 als Bedrohung für die öffentliche Gesundheit zu beenden und eine langfristige Antwort auf HIV zu etablieren.

Winnie Byanyima von UNAIDS betont: „Das Nachlassen der Solidarität sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder stellt ein Risiko für den Fortschritt dar. Trotzdem gibt es einen erprobten Weg, die AIDS-Epidemie zu beenden, einen Weg, den führende Politiker bereits zugesagt haben zu verfolgen.“ Sie macht deutlich, dass es eine politische und finanzielle Entscheidung der Staats- und Regierungschefs ist, ob sie ihr Versprechen zur Beendigung von AIDS einhalten werden. Sie betont nachdrücklich: „Jetzt ist es an der Zeit, den richtigen Weg zu wählen.“

Kontakt

UNAIDS München | Sophie Barton Knott | Tel. +41 79 514 6896 | bartonknotts@UNAIDS.org

UNAIDS Genf | Michael Hollingdale | Tel. +41 79 500 2119 | hollingdalem@un aids.org

UNAIDS

Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS, besser bekannt als UNAIDS, setzt sich das ehrgeizige Ziel, die Welt zu einem Ende von neuen HIV-Infektionen, Diskriminierung und AIDS-bedingten Todesfällen zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, koordiniert UNAIDS die Anstrengungen von elf UN-Organisationen – darunter UNHCR, UNICEF, WFP, UNDP, UNFPA, UNODC, UN Women, ILO, UNESCO, WHO und die Weltbank. UNAIDS arbeitet eng mit globalen und nationalen Partnern zusammen, um die AIDS-Epidemie bis 2030 im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu beenden. Erfahren Sie mehr unter un aids.org und folgen Sie uns auf Facebook, Twitter, Instagram und YouTube.